

EU-Parlament forderte 1999 ein weltweites Mind Control-Forschungsverbot

Eingereicht von redaktion am 28. Jul 2014 - 02:14 Uhr

Das Europaparlament wollte Forschung und Entwicklung bewusstseinsverändernder Techniken global verbieten. Die EU Kommission ist bis heute untätig geblieben.

Brüssel/Minden. Die Anwendung sog. verdeckter Technologien in der Europäischen Union wird schon lange beobachtet. Klagen über Menschenrechtsverletzungen kommen seit vielen Jahren aus den meisten Mitgliedsstaaten genauso wie aus Deutschland [1, 2].

In die breite Öffentlichkeit ist der Mißbrauch von Mind Control jedoch nie gekommen. *Darüber* berichten die Medien der Länder kollektiv *nicht*. Dabei hatte sich das Europaparlament bereits vor 15 Jahren intensiv auch mit diesem Teilaspekt "nichttödlicher Waffen" befasst. Die Abgeordneten einigten sich auf die Forderung nach einem weltweiten Verbot.

Neue Technologien im Fokus

Nach einer Entscheidung im Juli 1995 untersuchten zwei Ausschüsse [3] vier Jahre lang den "potentiellen Einsatz militärisch genutzter Ressourcen für Umweltstrategien". Ins kritische Blickfeld wurden dabei die Forschungsanlage HAARP [4] in Alaska und die sog. nicht-tödlichen Waffen [5] genommen.

Überraschend hat das Parlament auch zur Kontrolle des menschlichen Bewusstseins Stellung bezogen. Obwohl in der Öffentlichkeit selten erwähnt, gehört die Bewusstseinstechnologie zu den sog. nichttödlichen Waffen [6].

Europaparlament fordert globales Verbot

Wie man am Beschlusstext sieht, ist Mind Control für die Abgeordneten *alles andere als eine "Verschwörungstheorie"*. Die Gefährdung wurde so hoch eingestuft, dass ein umfassendes weltweites Verbot von Forschung und Entwicklung der Bewusstseinskontrolle gefordert wurde. Die Erklärung vom Januar 1999 bezieht sich sowohl auf militärische als auch auf zivile Anwendungen.

Das Europäische Parlament ...

26. fordert die Europäische Union auf, sich dafür einzusetzen, daß auch die neuen sogenannten nichttödlichen Waffensysteme und die Entwicklung neuer Waffenstrategien durch internationale Übereinkommen erfaßt und geregelt werden. - Quelle: [Europaparlament](#) [7]

30. fordert vor allem ein internationales Übereinkommen über ein generelles Verbot von Forschungs- und Entwicklungsprojekten - ob militärisch oder zivil -, die die Anwendung der Erkenntnisse auf dem Gebiet chemischer und elektrischer Vorgänge oder von Schallwellen oder anderen Funktionen des menschlichen Gehirns zur Entwicklung von Waffen beinhalten, die jeder beliebigen Form der Manipulation des Menschen Tür und Tor öffnen könnten.

Dieses Übereinkommen sollte auch ein Verbot aller derzeit bekannten sowie aller erdenklichen Anwendungsmöglichkeiten solcher Systeme umfassen. - Quelle: [Europaparlament](#) [7]

Pauschale Bezeichnung "nicht-tödlich" ist falsch!

Der Bericht A4-0005/99 des Parlaments stellt an anderer Stelle klar, dass die Bezeichnung nichttödliche Waffen eine Verharmlosung ist. Die englische Bezeichnung ist non-lethal weapons. Waffen dieser Kategorie können durchaus zu Invalidität oder zum Tod führen.

Heute jedoch gibt es immer fortschrittlichere Waffentechniken, die trotz der Tatsache, daß sie weitreichende Schäden verursachen und u.a. zu Invalidität oder Tod führen können, nichttödlich genannt werden. .. Ein Beispiel sind akustische Waffen, die durch die Erzeugung eines Niedrigfrequenztons verwirren und desorientieren und dadurch den Feind neutralisieren können.

Die für diese verschiedenen Waffentypen verwendete einheitliche Bezeichnung "nichttödlich" ist *in hohem Maße irreführend*. Durch die Bezeichnung "nichttödlich" sollen diese Waffen humaner als konventionelle Waffen erscheinen - aber es gibt keine humanen Waffen.

Die Anwendung jeder Art von Waffe ist mit dem Risiko einer Schädigung oder des Todes verbunden, was ja genau der Zweck einer Waffe ist. - Quelle: [Europaparlament](#) [7]

Jahre später *bestätigt* ein Bericht von Amnesty International [8] die Gefährlichkeit von Elektroschockwaffen. Danach starben zwischen 2001 und August 2008 in den USA 334 Menschen im Zusammenhang mit Tasern-Einsätzen.

EU Kommission bleibt untätig

Nach dem Parlamentsbericht wäre es an der EU Kommission gewesen, durch Gespräche und Verhandlungen politisch tätig zu werden. Derartige Aktivitäten im Sinne der Beschlüsse blieben jedoch aus.

Auf eine parlamentarische Anfrage [9] zu den Punkten 26 bis 29 des Berichtes antwortete die Kommission [10] im Juli 2003. Aus verschiedenen Gründen sehe die Kommission keine Möglichkeit zum Handeln. Auf das Thema technischer Bewusstseinsbeeinflussung wurde nicht eingegangen.

Eine Anfrage von MEP Paul Lannoye ein Jahr später [11] blieb unbeantwortet. Das Auskunftsersuchen ist als verfallen gekennzeichnet.

Erst im September 2013 hat eine Menschenrechtsvereinigung das brisante Thema wieder ins europäische Parlament gebracht. Die EUCACH reichte beim Bürgerrechteausschuss einen Richtlinienvorschlag ein [12]. Die soll die EU-Bürger/-innen vor elektronischen Menschenversuchen wider Willen schützen, die Mitgliedsstaaten zur Strafverfolgung verpflichten und Opfer entschädigen [13].

Während eines Treffen des Europäischen Rates Monate zuvor hatte in Brüssel eine Demonstration gegen "Non-Consensual Implantation & Mind Control" stattgefunden [14].



-
- [1] [Lesenswertes zu Mind Control \(5\): Europa](#), Mind Control News, Verzeichnis
 - [2] [Lesenswertes zu Mind Control \(7\): Betroffene](#), Mind Control News, Verzeichnis
 - [3] [Verzeichnis der Ausschüsse](#), Europaparlament
 - [4] [High Frequency Active Auroral Research Program](#), Wikipedia
 - [5] [nichttödliche Waffe](#), Wikipedia
 - [6] [Gefahr der Manipulation des Menschen durch elektromagnetische Felder](#), STOP Mind Control am 6. Februar 2011
 - [7] [Bericht über Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik \(A4-0005/99\)](#), Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik der Europäischen Union am 14. Januar 1999
 - [8] [USA: 334 Todesfälle beim Einsatz von Tasern](#), Amnesty International, 16. Dezember 2008
 - [9] [Anfrage von Hiltrud Breyer \(Verts/ALE\) an die Kommission](#), Europaparlament, April 2003
 - [10] [Antwort von Frau Wallström im Namen der Kommission](#), Europaparlament, Juli 2003
 - [11] [Anfrage von Paul Lannoye \(Verts/ALE\) an die Kommission](#), Europaparlament, April 2004
 - [12] [EUCACH's proposal for a EC regulation](#), European Coalition Against Covert Harassment im August 2013
 - [13] [Menschenrechtler: Strahlenwaffen in der EU verbieten, Opfer entschädigen](#), Der Newsblog am 29. Mai 2014
 - [14] [Video: Demonstration Brussels](#), Targeted Individuals Europe, März 2013

Anmerkungen:

Das Europaparlament wollte eine Neuaufgabe von MK ultra-Greueln weltweit verhindern.

FOTO: [BiiJii \(wc\)](#)